

Offene Worte

Online Nr. 131

Zeitung der LINKEN für den Barnim 3. Okt. 2021, 31. Jahrg.

Tag der Deutschen Einheit: Und viele Probleme sind immer noch nicht gelöst.

LINKE: Wir brauchen in Brandenburg einen landwirtschaftlichen Bodenfonds

Vorschlag am 29. September im Landtag: Preiswertes Pachtland für Bauern sichern/
Nachfolger der Treuhand hat in Brandenburg bereits 250.000 Hektar Landwirtschaftsfläche verkauft.

Vor wenigen Jahren ging der Fall eines landwirtschaftlichen Familienbetriebs bei Grünheide durch die Presse: Ein Biobauer musste seine erfolgreiche Tierproduktion einstellen, weil überregionale Investmentgesellschaften ihm die Pachtflächen vor der Nase weg gekauft hatten.

Dieser Skandal machte plastisch, womit Landwirtschaft heute kämpft: Boden ist nicht mehr in erster Linie Produktionsfläche, sondern Spekulationsobjekt für hohe Rendite. Die Pachtpreise für Ackerland sind in den letzten Jahren um 75 Prozent gestiegen, Kaufpreise haben sich seit 2005 verfünffacht. Im letzten Jahr kostete ein Hektar durchschnittlich 12.685 Euro. Solche Preise kann ein Landwirtschaftsbetrieb nicht finanzieren.

Deshalb ist in Brandenburg bereits ein Drittel der Landwirtschaftsfläche an Unternehmensgruppen verkauft. Es droht eine Bewirtschaftung, die auf maximale Rendite abzielt, deren Wertschöpfung nicht im ländlichen Raum bleibt, sondern an Konzernzentralen abfließt. DIE LINKE hat dies schon sehr oft im Landtag debattiert. Und eigentlich besteht große Einigkeit, dagegen etwas zu unternehmen. Ein agrarstrukturelles Leitbild sollte her, darauf aufbauend ein Agrarstrukturgesetz, das ortsansässigen Landwirt:innen den Zugang zu Boden erleichtern sollte. Doch der Prozess stockt. SPD, CDU und Grüne rangen sich bisher nicht zu Beschlüssen durch.

Deshalb schlug DIE LINKE im Landtag am 29. September einen landwirtschaftlichen Bodenfonds als ersten wichtigen Baustein für eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik vor. Damit könnte die öffentliche Hand eigene Landwirtschaftsflächen erwerben und verwalten

gezielt eine regional verwurzelte, nachhaltige und soziale Landwirtschaft fördern. Das Land verfügt über rund 15.000 Hektar, die teilweise von der BWG (siehe Kasten) verwaltet werden. Das wäre schon

Die Bodenverwertungs- und verwaltungs GmbH (BWVG) ist ein staatliches Unternehmen der Bundesrepublik. Als Nachfolgeeinrichtung der Treuhandgesellschaft privatisiert sie seit 1992 ehemals volkseigene land- und forstwirtschaftliche Flächen.

mal ein Grundstock. Außerdem gibt es eine rechtliche Handhabe für Vorkaufsrechte. Andere Bundes-

länder nutzen dies aktiv durch sogenannte Siedlungsunternehmen. Aber Brandenburg schert hier aus. Die Aufgabe übernimmt die Landgesellschaft Sachsen-Anhalt. Da dies eine gesetzliche Pflichtaufgabe ist, schlägt DIE LINKE deshalb einen Bodenfonds und die Gründung einer eigenen Landgesellschaft vor, damit Brandenburg das Vorkaufsrecht wahrnehmen und eine aktive Rolle am Bodenmarkt spielen kann. Außerdem sollte mehr verpachtet werden dürfen.

Die BWVG hat in Brandenburg immer noch 28.000 Hektar Landwirtschaftsfläche. Diese muss an das Bundesland übergeben werden! Das haben sich eigentlich

auch SPD, CDU und Grüne in Brandenburg vorgenommen – aber bisher nichts dafür getan.

DIE LINKE hat zu ihrem Vorschlag für einen Bodenfonds viel Zustimmung aus der Landwirtschaft erhalten. Es gibt aber auch kritische Stimmen, die meinen, der Staat soll sich raushalten, der Markt wird es schon richten. Dagegen meinen wir als LINKE: Was der Markt nicht richtet, zeigt sich ja an den aktuellen Problemen. Es gibt auch ein erhebliches Misstrauen, ob ein Bodenfonds wirklich im Sinne der ortsansässigen Landwirtschaft tätig werden würde. Das ist durchaus berechtigt. Schließlich ist auch die BWVG mit ihrem unsäglichen Agieren eine staatliche Einrichtung, bei der Gewinnmaximierung im Focus steht. Damit muss Schluss sein! Wir brauchen einen Bodenfonds mit klaren Aufgaben: Dass er nicht verkauft, sondern Flächen verpachtet und zwar langfristig und verlässlich für Landwirtschaftsbetriebe.

Die BWVG hat seit ihrem Bestehen in Brandenburg 250.000 Hektar verkauft. Stellen Sie sich vor, wir hätten diese ehemals volkseigenen Flächen heute noch in der öffentlichen Hand! Wir hätten wohl kaum diese rasante Preisentwicklung am Bodenmarkt gehabt, wie sie von der BWVG mit vorangetrieben worden ist. Der Verkauf der ehemals volkseigenen Flächen war ein Kardinalfehler der Landwirtschaftspolitik des Bundes in den letzten Jahrzehnten.

Jetzt geht es um die Zukunft und das Zeitfenster dafür schließt sich immer mehr. Denn auch am Mittwoch wurde der Antrag der LINKEN im Landtag abgelehnt.

Thomas Domres (LINKE)
Landtagsabgeordneter, landwirtschaftspolitischer Sprecher



Ende 2020 lag die Verschuldung der Bundesrepublik bei 2,25 Billionen Euro. Gesine Loetzsch, stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion der LINKEN, kommentiert: Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) wollte mit Wachstum und höheren Steuern für Besserverdienende die Löcher in der Kasse stopfen. Doch in einer Koalition mit der FDP wird es wohl keine Steuererhöhungen für Vermögende geben. Im Gegenteil, die FDP will Vermögende entlasten.“

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN, ViSdP: Sebastian Walter.

Kontakt: DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488; E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de

Spendenkonto Offene Worte (Druckkosten): DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 051429, BIC: WELADED1GZE;

Verwendungszweck: Spende OW.

nächste OW am
6. Oktober